

Policy

Die Kluft zwischen Arm und Reich überwinden

**Soziale Ungleichheit als entwicklungspolitische
Herausforderung**

September 2019

Impressum

Herausgeber:

Brot für die Welt
Evangelisches Werk für Diakonie
und Entwicklung e. V.
Caroline-Michaelis-Straße 1
10115 Berlin
Telefon: +49 30 65211 0
info@brot-fuer-die-welt.de
www.brot-fuer-die-welt.de

Autor/innen: PG Ungleichheit (Eva Hanfstängl, Elisabeth Jeglitzka, Martin Remppis, Charlotte Spiewock, Nicola Wiebe, Luciano Wolff)

V.i.S.d.P. Klaus Seitz

Inhalt

1. Soziale Ungleichheit und ihre Auswirkungen.....	4
1.1 Ungleichheit behindert die Überwindung von Armut.....	4
1.2 Ungleichheit verletzt die Menschenwürde und die Menschenrechte	5
1.3 Ungleichheit birgt Gefahren für Demokratie und gesellschaftliches Zusammenleben	5
2. Das Ausmaß und die Ursachen sozialer Ungleichheit	7
2.1 Ökonomische Ungleichheit in einzelnen Ländern und global (vertikale Ungleichheit)	7
2.2 Ungleichheit zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen (horizontale Ungleichheit).....	8
2.3 Ursachen von Ungleichheit	9
3. Prinzipien und Werte der Arbeit von Brot für die Welt.....	13
4. Handlungsfelder von Brot für die Welt	16
4.1 Handlungsfeld 1: Auf einen sozioökonomischen Paradigmenwechsel hinwirken	16
4.2 Handlungsfeld 2: Benachteiligte und ausgeschlossene Menschen ermächtigen.....	16
4.3 Handlungsfeld 3: Gemeinwohlorientierte Politik einfordern.....	18
4.4 Handlungsfeld 4: Internationale Verantwortung einfordern	19
4.5 Instrumente.....	20
5. Zusammenfassung und Ausblick.....	22
6. Quellen und Literatur	23

1. Soziale Ungleichheit und ihre Auswirkungen

Wer von Armut spricht, kann zum Reichtum nicht schweigen. Armutsbekämpfung und die Minderung sozialer Ungleichheit sind zwei Facetten zukunftsfähiger Entwicklung, die eng miteinander verwoben sind. Das betrifft die Gesellschaften des Südens und des Nordens sowie das globale Miteinander.

Diese Policy setzt sich einerseits mit Blick auf die Förderarbeit von Brot für die Welt mit sozialer Ungleichheit und Armut auseinander. Sie regt die kontextspezifische Problematisierung und Bekämpfung von Armut in den Gesellschaften des Globalen Südens an. Andererseits sind die Ursachen von sozialer Ungleichheit und Armut häufig systembedingt, d.h. sie liegen in unserem globalisierten Wirtschaftssystem und der damit einhergehenden (internationalen) politischen Ökonomie begründet. Und auch Mechanismen sozialer Benachteiligung und Exklusion funktionieren in unterschiedlichen Kontexten ähnlich. Für die politische Arbeit von Brot für die Welt und seinen Partnerorganisationen ist es daher wichtig, Ungleichheit, Armut und deren Risiken für eine globale nachhaltige Entwicklung auch in deren Ursachen und Wirkungsweisen zu erkennen und als Problem sowohl global wie auch im Süd- und Nord-Kontext zu adressieren.

Soziale Ungleichheit bezeichnet die ungleiche Verteilung von und die ungleichen Zugangschancen zu materiellen und immateriellen Ressourcen und sich daraus ergebende, dauerhaft und unfreiwillig unterschiedliche Möglichkeiten zur gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Teilhabe und zur Verwirklichung der persönlichen Potenziale und Rechte. Diese strukturell bedingte, privilegierende oder benachteiligende Ungleichheit ist nicht gleichzusetzen mit gesellschaftlicher Diversität.

Denn Gesellschaften sind durch das Zusammenleben von Menschen geprägt, die eine große Diversität an Begabungen, Einstellungen und Lebensentwürfen einbringen und die unterschiedlicher Herkunft oder verschiedenen Glaubens sind. Diese Vielfalt macht den menschlichen Reichtum einer Gesellschaft aus. Für Brot für die Welt ist es ein zentrales Anliegen, dass bei aller Verschiedenheit gleiche Rechte und gleichberechtigte Teilhabe, gleichwertige Lebens- und Verwirklichungschancen gewährleistet sind. Denn Brot für die Welt steht für die Vision einer Gesellschaft der Teilhabe, in der alle „das Leben in Fülle“ (Joh. 10, 10) haben (EWDE 2012, S.1). Sind gleiche Rechte, gleiche

Chancen und gleichberechtigte Teilhabe aufgrund sozialer Ungleichheit verwehrt, bewertet Brot für die Welt dies als ungerecht.

Innerhalb vieler Länder und auf globaler Ebene ist das Ausmaß sozialer Ungleichheit erschreckend groß. Gemeinsam mit Partnerorganisationen weltweit beobachtet Brot für die Welt, dass aus dieser Ungleichheit zahlreiche negative Folgen für Einzelne und für die Gesellschaft resultieren. Diese negativen Folgen sind Anlass zur Auseinandersetzung mit dem Thema Ungleichheit. Aus der Perspektive von Brot für die Welt sind dabei folgende Problemkomplexe besonders hervorzuheben: (1) andauernde Armut als Folge von Ungleichheit, (2) die Verletzung von Menschenrechten und Menschenwürde und (3) die Gefahren für Demokratie und gesellschaftliches Zusammenleben.

1.1 Ungleichheit behindert die Überwindung von Armut

Große Ungleichheit in einer Gesellschaft führt zu Armut und zu ihrer kontinuierlichen Reproduktion. Erhalten Kinder aus armen Familien keinen Zugang zu gesunder Ernährung, Gesundheitsversorgung, hochwertiger Bildung und gesellschaftlichen Netzwerken wird es für sie später schwer, Zugang zum Arbeitsmarkt oder zu Produktionsmitteln zu erhalten. Sie können dann an wirtschaftlicher Entwicklung nicht teilnehmen. Sie erben gleichsam die Armutssituation ihrer Eltern. Je größer die Kluft zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen und ihren Lebenswelten ist, desto geringer wird soziale Mobilität und die Möglichkeit zum gesellschaftlichen Aufstieg. Ungleichheit trägt dann direkt dazu bei, dass Menschen in einem Teufelskreis der Armut, Ausgrenzung und Chancenlosigkeit gefangen bleiben. Durch solche Exklusionsprozesse werden Chancen für eine breitenwirksame wirtschaftliche Entwicklung vergeben, und soziale Transformation wird verhindert. Die jährlichen Monitoringstudien der Vereinten Nationen zum Stand der Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele (MDGs) brachten regelmäßig zum Ausdruck: Trotz allgemein positiver Entwicklungstrends bei der Reduzierung von Hunger und Armut, dem Zugang zu Trinkwasser oder der Versorgung mit sanitären Anlagen werden besonders arme und marginalisierte Bevölkerungsgruppen in den Ländern –

insbesondere jene, die in ländlichen Regionen leben – häufig nicht erreicht.

Lange wurde Ungleichheit als notwendige Begleiterscheinung wirtschaftlicher Entwicklung und eines davon erwarteten ‚Herauswachsens‘ aus der Armut gerechtfertigt. So gilt beispielsweise die wirtschaftliche Entwicklung Chinas in den vergangenen 30 Jahren als Erfolgsgeschichte. Millionen neue Arbeitsplätze ermöglichten eine beeindruckende Armutsreduzierung. Gleichzeitig nahm die Einkommens- und Vermögensungleichheit extrem zu. Wirtschaftliche Entwicklung kann, muss aber nicht zu Armutsreduzierung führen. In Indien oder Südafrika blieb der breitenwirksame armutsreduzierende Effekt des Wirtschaftswachstums der letzten Jahre weitgehend aus. Das Wachstum führte weder zur flächendeckenden Schaffung von Arbeitsplätzen bzw. breiten Einkommensverbesserung (*jobless growth*), noch wurden die höheren Staatseinnahmen ausreichend für soziale Absicherung und Umverteilung bereitgestellt.

Berechnungen der Weltbank zeigen jedoch, dass das in der Agenda 2030 der Vereinten Nationen vereinbarte Ziel der Überwindung von Armut bis 2030 nicht erreicht werden kann, wenn die gegenwärtigen Trends der sozialen Ungleichheit fortgeschrieben werden oder sich weiter verschlechtern. Selbst viele der internationalen Akteure, die von einer Fortführung des bisherigen Wachstumsmodells ausgehen, haben erkannt, dass die Reduzierung von Ungleichheit ein Schlüsselement für die Überwindung der Armut ist. (vgl. The World Bank 2016, S. 9; World Inequality Lab 2017, S. 14).

Das gegenwärtig dominante Modell einer vorrangig auf ökonomisches Wachstum ausgerichteten Entwicklung steht heute grundsätzlich in Frage, weil es Ungleichheit, Armut, soziale Verwerfungen und ökologische Zerstörung hervorbringt. Nicht zuletzt machen die bereits massiv spürbaren Folgen des Klimawandels deutlich, dass die Grenzen des Wachstums erreicht und teilweise überschritten sind. Angesichts der planetarischen Grenzen wird der Zusammenhang zwischen der Überwindung von Armut und der Notwendigkeit zum Abbau von Ungleichheit umso deutlicher.

1.2 Ungleichheit verletzt die Menschenwürde und die Menschenrechte

Alle Menschen verfügen bei aller Verschiedenheit über die gleichen Rechte und die gleiche menschliche Würde. Es geht darum, als gleichwertig anerkannt und behandelt zu

werden, unabhängig von sozioökonomischem Status, Kaste, ethnischer Zuschreibung, Geschlechtsidentität und sexueller Orientierung, dem Gesundheitsstatus oder der Religion. Unter den Bedingungen der bestehenden sozialen Ungleichheit sieht die Realität jedoch häufig anders aus. Der Wert menschlichen Lebens wird implizit mit verschiedenem Maß gemessen. Dies ist ein Angriff auf die menschliche Würde.

Die Situation, in der bis heute trotz eines wachsenden globalen Wohlstands eine so große Zahl von Menschen in gravierender Armut und extremer Ungleichheit lebt, muss man mit dem Philosophen Thomas Pogge als eine der größten Menschenrechtsverletzungen der Menschheitsgeschichte beschreiben (Pogge 2011, S. 308). Denn Armut bedeutet, dass Menschen nicht über einen Lebensstandard verfügen, der ihnen und ihrer Familie Gesundheit und Wohl gewährleistet, einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztliche Versorgung, Bildung und notwendige soziale Leistungen, wie dies im Artikel 25 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 definiert und im Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte von 1966 ausgeführt ist. Dabei wäre gravierende Armut heute vermeidbar, denn es ist genug an lebensnotwendigen Gütern für alle verfügbar. Allein der Zuwachs der Gesamtvermögen der Milliardäre zwischen 2016 und 2017 beträgt das Siebenfache dessen, was rein rechnerisch erforderlich wäre, um alle Menschen aus extremer Armut zu befreien (vgl. Oxfam 2018).

1.3 Ungleichheit birgt Gefahren für Demokratie und gesellschaftliches Zusammenleben

Ausgeprägte soziale Ungleichheit benachteiligt nicht nur einen Teil der Bevölkerung, sondern wirkt sich auch direkt negativ auf das Funktionieren von Demokratie und das gesamtgesellschaftliche Zusammenleben aus. Eine formale Rechtsgleichheit zur Ausübung des Wahlrechts ist keine hinreichende Bedingung für funktionierende Demokratie. Eine Analyse der Entwicklung von Demokratien in OECD Staaten konstatiert eine Erosion der politischen Gleichheit, die durch die wachsenden sozioökonomischen Unterschiede und die damit verbundenen ungleichen Bildungs- und Beteiligungschancen verursacht wird (vgl. Merkel et al. 2015). Dadurch reduziert sich die Wahrscheinlichkeit, dass Präferenzen der Mehrheit ihren Ausdruck im Wahlergebnis finden. Diese Verletzung der demokratischen Idee kann ak-

tuell als eine der größten Herausforderungen für Gesellschaften mit zunehmender Ungleichheit gesehen werden. Zudem werden Demokratien dadurch auch verwundbarer für gezielte Falschinformationen (*fake news*) und Manipulation. Soziale Ungleichheit wird für nationalpopulistische Anliegen instrumentalisiert, mit der Folge von Ausgrenzung und Diskriminierung von Minderheiten, Geflüchteten und Menschen mit Migrationshintergrund.

Während Teile der Bevölkerung von einer gleichberechtigten Teilhabe am politischen und gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen werden, fördert Ungleichheit die Konzentration von politischer Macht in den Händen von Wenigen. Milanović führt als Beispiel die Situation in den USA an: „Wenn Normalverdienern der Zugang zu einer guten Ausbildung versperrt wird, weil sie sich den Besuch einer Universität nicht leisten können, wenn Superreiche mit ihrem Geld die politische Agenda beeinflussen, dann sind das Merkmale einer plutokratischen Herrschaft, deren Stabilität sich nur durch einen immer größeren Sicherheitsapparat aufrecht erhalten lässt“ (Milanovic 2015).

Dies erhöht die Gefahr, dass populistische Strömungen an Gewicht gewinnen, wenn Menschen sich in ihrem Gerechtigkeitsempfinden verletzt fühlen und ihre Interessen von als distanziert wahrgenommenen politischen Eliten nicht vertreten sehen.

Extreme Ungleichheit erhöht das soziale Konfliktpotential und gefährdet die politische und gesellschaftliche Stabilität. Zu den negativen Folgen, die in von starker Ungleichheit geprägten Gesellschaften zu beobachten sind, zählen neben der geringen politischen Partizipation ärmerer Bevölkerungsgruppen der Vertrauensverlust in die Politik, die Zunahme von Ängsten sowie schlechtere physische und psychische Gesundheit und erhöhte Kriminalität und Gewalt (vgl. Wilkinson/Pickett 2009).¹

Ökonomische Ungleichheit zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, die als systematisch wahrgenommen wird, ist eine Ursache von sozialen Konflikten oder verschärft diese (ISSC 2016, S.10) bis hin zu gewalttätigen Auseinandersetzungen, Krieg und Bürgerkrieg. Ökonomische Ungleichheit zwischen verschiedenen Regionen, Ländern und Kontinenten erhöht zudem Migration.

¹ Wilkinson und Pickett verweisen in ihrer Studie (23 Länder) auf einen negativen statistischen Zusammenhang zwischen höherer Ungleichheit mit folgenden Gesundheits-/Sozialindikatoren: physische und mentale Gesund-

heit, Drogenmissbrauch, Bildung, Kriminalität, Übergewicht, soziale Mobilität, Vertrauen und Gemeindeleben, Gewalt, Schwangerschaften bei Minderjährigen, Wohlbefinden von Kindern (vgl. Wilkinson/Pickett 2009).

2. Das Ausmaß sozialer Ungleichheit und ihre Ursachen

Viele Statistiken unterscheiden drei Ebenen, auf denen soziale Ungleichheit beobachtet wird: (1) die Ungleichheit zwischen Menschen innerhalb eines Landes, (2) die Ungleichheit zwischen dem Durchschnitt verschiedener Länder und (3) die globale Ungleichheit zwischen Menschen weltweit, unabhängig von nationalen Grenzen. Für Brot für die Welt ist es besonders wichtig, dabei auch die horizontale Ungleichheit zwischen bestimmten gesellschaftlichen Gruppen zu beleuchten, beispielsweise zwischen Frauen und Männern oder zwischen Menschen verschiedenen Glaubens und unterschiedlicher Herkunft.

Ungleichheit hat verschiedene Dimensionen. Häufig steht die ökonomische Ungleichheit, gemessen anhand von Einkommen, Verbrauch oder Vermögen im Vordergrund. Darüber hinaus sind für Menschen die nicht-ökonomischen Dimensionen der Ungleichheit wichtig. Sie können z. B. anhand ungleicher politischer oder gesellschaftlicher Teilhabe, anhand von Machtungleichgewichten, unterschiedlichem rechtlichem Status, ungleichem Zugang zu Dienstleistungen in den Bereichen Bildung oder Gesundheit oder auch daraus resultierenden Ergebnissen wie Ungleichheit in Ernährungs-, Gesundheits- und Bildungsstatus oder Lebenserwartung beschrieben werden.

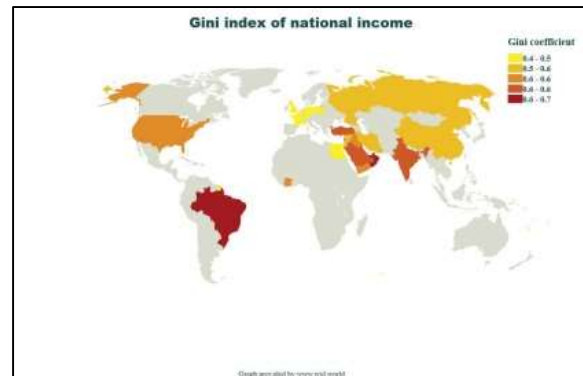
Die verschiedenen Dimensionen bedingen sich dabei häufig gegenseitig. So korreliert niedriges Einkommen beispielsweise oft mit geringerem Bildungs- und schlechterem Gesundheitsstatus sowie geringerer Lebenserwartung und geringerer politischer Beteiligung innerhalb eines Landes und weltweit. Beispielsweise liegt die durchschnittliche Lebenserwartung in Japan um 35 Jahre höher als im Tschad (UN Population Division 2018), und variiert innerhalb der USA um mehr als 20 Jahre zwischen ökonomisch gut gestellten Verwaltungsbezirken in Colorado und armen Verwaltungsbezirken in Nord und Süd Dakota, in denen überwiegend indigene Bevölkerung lebt (Guardian 2017). Diese Zusammenhänge sind aber weder zwangsläufig noch linear, sondern werden von vielen weiteren Faktoren, insbesondere politischen Entscheidungen und gesellschaftlichen Institutionen, beeinflusst.

Auch kann der Zeitpunkt, zu dem Ungleichheit beobachtet wird, differenziert werden: Start- und Chancenungleichheit, Prozess-Ungleichheit oder Ergebnis-Ungleichheit.

Die Unterscheidung von primärer Einkommensverteilung, die auf dem Arbeitsmarkt entsteht, und sekundärer Einkommensverteilung nach Steuern und Transfers erlaubt darüber hinaus, die Verteilungswirkungen des Marktgeschehens und fiskalischer und sozialpolitischer Interventionen getrennt zu betrachten.

2.1 Ökonomische Ungleichheit in einzelnen Ländern und global (vertikale Ungleichheit)

Die Polarisierung der Einkommen und Vermögen **innerhalb einzelner Staaten** hat seit 1980 in fast allen Ländern zugenommen, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß und mit unterschiedlicher Geschwindigkeit. Die nationale Einkommensungleichheit variiert erheblich zwischen den Weltregionen. Am niedrigsten ist sie in den Ländern Europas, am höchsten im Nahen Osten und in Lateinamerika (WID 2018).



Besonders deutliche Unterschiede zeigen sich zwischen Westeuropa und den USA, die 1980 noch relativ ähnliche Ungleichheitsniveaus hatten. Im Folgenden stieg die Ungleichheit in den USA rascher an. Bei einer differenzierenden Betrachtung der recht ähnlichen Daten primärer und sehr unterschiedlichen Daten sekundärer Einkommensverteilung wird deutlich, dass hier politische Entscheidungen eine wichtige Rolle spielen.

In der jüngeren Vergangenheit gab es aber auch einige positive Entwicklungen. So lag zwischen 2011 und 2016 in immerhin mehr als der Hälfte von 92 Ländern, die über ver-

gleichbare Daten verfügen, das Wachstum der Lohneinkommen der unteren 40% der Bevölkerung oberhalb des nationalen Durchschnitts (ECOSOC 2019). Einige Länder in Lateinamerika und der Karibik konnten Armut und Ungleichheit - nach einem steilen Anstieg in den 1980er und 1990er Jahren im Kontext von Schuldenkrise und Strukturanpassung - ab Mitte der ersten Dekade des neuen Jahrtausends erfolgreich reduzieren. Dies ist vor allem einer veränderten strukturellen Lohnentwicklung und armutsorientierter Sozial- und Beschäftigungspolitik zu verdanken, einschließlich der Stärkung kollektiver Lohnverhandlungen sowie der Erweiterung sozialer Sicherungssysteme ab Beginn des neuen Jahrtausends (vgl. WB 2016, S.103ff., CEPAL 2018, S. 18f.). Hinzu traten in einigen Ländern (z.B. Brasilien, Bolivien, Ecuador) aktive Förderpolitiken für diskriminierte Bevölkerungsgruppen (affirmative action), die einen Beitrag dazu leisteten, ihre Teilhabechancen und die Anerkennung ihrer Gleichberechtigung zu verbessern. Der Trend zum Abbau von Ungleichheit stagniert allerdings inzwischen (WB 2016, S. 83) und kehrt sich aufgrund veränderter politischer Strategien in manchen Ländern sogar wieder um.

Weitere herausragende Fälle sind Indien und China mit jeweils sehr hohen Wirtschaftswachstumsraten. In Indien hat sich die kulturell fest verankerte Ungleichheit der Kastengesellschaft kaum verändert und mit neuem Superreichtum verschärft. In China hob Maos egalitärer Sozialismus die Menschen kaum aus der Armut. Das neue auf Wachstum ausgelegte Wirtschaftsmodell reduzierte die Armut und nahm gleichzeitig eine extreme Zunahme von Ungleichheit in Kauf.

Die Landschaft der globalen Armut ist dabei insgesamt komplexer geworden. Die Mehrheit der extrem armen Menschen lebt inzwischen nicht mehr in den ärmsten Ländern, sondern in den bevölkerungsreichen Ländern mit mittlerem Einkommen (WB 2018). Dadurch hat die **Ungleichheit zwischen dem durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen der einzelnen Staaten** in den letzten Jahrzehnten abgenommen.

Auch die **globale Ungleichheit** zwischen allen Menschen ohne Berücksichtigung nationaler Grenzen hat leicht abgenommen. Der Gini-Koeffizient² der globalen Ungleichheit sank von 69,7 im Jahr 1988 auf weiterhin extrem hohe 62,5

im Jahr 2013 (WB 2016, p.81). Es erscheint paradox, dass ausgerechnet das hohe, die nationale Ungleichheit verschärfende Wachstum in den bevölkerungsreichen Ländern wie China und Indien dazu beigetragen hat, dass die globale Ungleichheit insgesamt leicht abnahm (Bourguignon 2015).

Ein erheblicher Anteil der Weltbevölkerung bleibt jedoch weiter von der Teilhabe an einer allgemeinen Wohlstandsverbesserung ganz ausgeschlossen oder fällt sogar noch weiter zurück. Laut dem Bericht der Weltbank lebten 2015 noch immer 736 Millionen Menschen in **extremer Armut**, also mit einem täglichen Einkommen unterhalb der von der Weltbank definierten internationalen Armutsgrenze von 1,9 US\$ PPP (WB 2018).³ In Afrika südlich der Sahara betrifft das 41 Prozent der Bevölkerung. Und viele, die in der Statistik nicht mehr als extrem arm sichtbar sind, leben in sehr unsicheren Verhältnissen und können leicht wieder in die extreme Armut fallen.

Hunger ist für Brot für die Welt Ausdruck der extremsten Form von Armut. Laut FAO (2018) litten 2017 821 Millionen Menschen an chronischer Unterernährung. Diese Zahl gibt auch einen deutlichen Hinweis auf die begrenzte Aussagefähigkeit internationaler Armutszahlen, auf der Basis der Armutsgrenze von 1,9 US\$ PPP. Legt man eine Definition von **multidimensionaler Armut** zugrunde, die - wie beispielsweise der Index menschlicher Entwicklung - neben Einkommensarmut auch Gesundheit, Bildung und Lebensstandard hinzuzieht, liegt die aktuelle Zahl der Menschen in Armut bei 1,334 Milliarden (UNDP 2018). Bei einer Armutsgrenze von 3,2 US\$ PPP, unter der laut Weltbank Menschen in der Gruppe der Länder mit mittlerem Einkommen im unteren Bereich („lower middle income country“) als arm gelten, beläuft sich die Zahl der Menschen, die in Armut leben, gar auf 1,932 Milliarden (WB 2018).

2.2 Ungleichheit zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen (horizontale Ungleichheit)

Betrachtet man die Ungleichheit in einzelnen Ländern, so finden sich regelmäßig bestimmte Merkmale, die mit der sozialen Situation von Menschen korrelieren. Dazu zählen

² Der Gini-Koeffizient nimmt einen Wert zwischen 0 (bei einer gleichmäßigen Verteilung) und 100 (wenn nur eine Person das komplette Einkommen erhält, d. h. bei maximaler Ungleichverteilung) an. Zum Vergleich: Deutschland weist einen Gini-Koeffizient von 31,4 (2013) auf.

³ PPP steht für „purchasing power parity“, der Umrechnung des US\$ anhand von Kaufkraftparitäten, anstelle offizieller Wechselkurse.

in den meisten Fällen Wohnort (Stadt/Land oder verschiedene Regionen), Geschlecht sowie die Zuordnung zu einer ethnischen Gruppe. Hinzu treten in einigen Ländern die Zuordnung zu Hautfarben, Religionsgruppen, Kasten, Klassen, Gruppen sexueller Identität und Orientierung, Altersgruppen, zu einem gesundheitlichen Status oder einem Migrationshintergrund. Diese Merkmale sind nicht die Ursachen der Ungleichheit, aber die Existenz solcher systematischen Zusammenhänge gibt eindeutige Hinweise auf verschiedene Arten von Diskriminierung oder nicht überwundene historische Benachteiligung bestimmter Bevölkerungsgruppen, die zu ihrer systematischen Schlechterstellung führen.

Eine der weit verbreiteten Formen horizontaler Ungleichheit ist die Ungleichheit zwischen Frauen und Männern. In den meisten Ländern sind Frauen in wichtigen Positionen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft stark unterrepräsentiert. Im weltweiten Durchschnitt verdienen sie 23 Prozent weniger als Männer und übernehmen außerdem einen Großteil unbezahlter Tätigkeiten, beispielsweise in Erziehung und Pflege. In vielen Ländern verhindern Gesetze und Institutionen, in den meisten außerdem Konventionen und/oder Traditionen eine Chancengleichheit für Frauen und Mädchen, nicht selten von frühester Kindheit an (vgl. Brot für die Welt (2018): Geschlechtergerechtigkeit verwirklichen).

Ein weiteres Beispiel unter vielen Erfahrungen horizontaler Ungleichheit ist die Situation der Bevölkerung, deren Vorfahren als Sklavinnen und Sklaven ausgebeutet wurden. Wie in den meisten Fällen wirkt sich horizontale Ungleichheit in vielen Dimensionen aus. Sie zeigt sich in unterschiedlicher kultureller Wertschätzung und unterschiedlicher ökonomischer, sozialer und politischer Teilhabe mit Auswirkungen auf alle Lebensbereiche. In Brasilien sind beispielsweise zwischen 70 und 80 Prozent aller Mordopfer schwarze Männer. Die meisten von ihnen sind zwischen 15 und 29 Jahre alt und leben in Favelas. Die hohen Mordraten sind unter anderem illegitimer und diskriminierender Polizeigewalt geschuldet (Amnesty International, Brazil 2017). Das Beispiel zeigt, wie rassistische und klassenspezifische Diskriminierung miteinander verwoben sind. Kategorien der Benachteiligung wie beispielsweise Geschlecht, Einkommen, Hautfarbe oder ethnische Zuschreibung sind intersektional verschränkt und verursachen spezifische Diskriminierungserfahrungen. Solche intersektionalen Analysen machen die komplexen Formen sozialer Ungleichheit sichtbar.

2.3 Ursachen von Ungleichheit

Ungleichheit ist Resultat von Machtverhältnissen, politischen Entscheidungen und daraus resultierenden Institutionen. Es gilt, eine Vielzahl von Faktoren auf der lokalen, nationalen und internationalen Ebene in den Blick zu nehmen.

Bei der Betrachtung von Ungleichheit zwischen gesellschaftlichen Gruppen, innerhalb eines Landes oder weltweit, kann nicht von einer ursprünglichen Situation der Gleichheit, auch nicht von einer Chancengleichheit ausgegangen werden. Jeder historische Moment der Ungleichheit war und ist gleichzeitig Ausgangspunkt für die weitere Entwicklung.

Global gesehen hat der Kolonialismus nachhaltig dazu beigetragen, dass zwischen Staaten, Volkswirtschaften und Gesellschaften, aber auch zwischen Gruppen innerhalb ehemals kolonisierter Gesellschaften extreme Ungleichheit besteht. Ehemalige Kolonien sind gegenüber den OECD-Staaten bei der Verteilung politischer, wirtschaftlicher, materieller, kultureller bzw. wissensbasierter Macht auch heute extrem benachteiligt. Dieselbe Benachteiligung gilt auch für Indigene, Nachkommen von Sklaven und Landarbeiterinnen in ihren jeweiligen Gesellschaften. Durch das Einschränken selbstbestimmter Entwicklung dieser Gruppen wird ihre Schlechterstellung beständig zementiert. Auf internationaler Ebene wird dies beispielsweise an der Dominanz der OECD-Staaten in politischen Verhandlungen deutlich oder an historisch vergebenen Rollen im Weltwirtschaftssystem, mit Handelsbeziehungen, die zahlreiche Länder des Globalen Südens immer wieder benachteiligen. Hinzu treten aufstrebende Staaten wie China oder Indien, die ihre wirtschaftliche Macht nun ebenfalls dazu nutzen, sich Zugänge zu Ressourcen, Märkten und Einfluss zu sichern. Dabei entstehen auch neue Abhängigkeitsbeziehungen.

Ungleiche Ausgangssituation, ungleicher Ressourcenzugang

Menschen oder bestimmte gesellschaftliche Gruppen verfügen oftmals nicht über Ressourcen oder werden aktiv vom Zugang zu Ressourcen ausgeschlossen. Exklusion und Diskriminierung entstehen dabei nicht nur durch das individuelle Verhalten anderer Mitglieder der Gesellschaft, sondern können institutionalisiert sein, beispielsweise durch Gesetze oder diskriminierende gesellschaftliche Normen und Traditionen, mit denen Macht und Privilegien perpetuiert wurden. Ein Beispiel unter unzähligen anderen ist, wenn Frauen der Landbesitz oder das Erbschaftsrecht

verwehrt wird oder in Zeiten knapper Lebensmittel männliche Familienmitglieder vorrangig versorgt werden. So ist beispielsweise der Frauenanteil im ländlichen Raum Mosambiks höher als der Männeranteil. Trotzdem sind Frauen kaum in Entscheidungspositionen. Landtitel sind überwiegend im Besitz der Männer, obwohl diese praktisch oftmals bei ihren Familien nicht anwesend sind, weil sie beispielsweise als Wanderarbeiter in Südafrika oder in den nächstgelegenen größeren Städten in Fabriken arbeiten. Stirbt der Mann, dann geht der Besitz meistens nicht an seine Frau, sondern an männliche Familienmitglieder, beispielsweise seine Brüder.

Exklusion entsteht auch regelmäßig aus Situationen sozialer Ungleichheit heraus, wenn Zugänge zu bestimmten gesellschaftlichen Ressourcen de facto exklusiv gehandhabt werden, beispielsweise Zugänge zu Produktionsmitteln, zu bestimmten Segmenten des Arbeitsmarkts, zu guter Bildung oder zu den relevanten (Beziehungs-)Netzwerken.

Menschen, die über den Zugang zu materiellen, kulturellen und sozialen Ressourcen verfügen, haben nicht nur bessere Bedingungen, um am Wirtschaften teilzunehmen und in auf Wettbewerb beruhenden (Wirtschafts-)Systemen Erfolg zu haben. Sie haben außerdem die Möglichkeit, ihre Ressourcen dafür einzusetzen, die Regeln des Systems in ihrem Sinne und zu ihrem Vorteil zu verändern, so dass zukünftige Akkumulation von Besitz und Zugängen erleichtert wird (vgl. Pogge 2011).

Menschen, die am unteren Ende der Einkommensverteilung stehen, partizipieren unterproportional oder gar nicht an den gesamtgesellschaftlichen Wohlstandsfortschritten oder in politischen Gestaltungsprozessen. Sie haben in der Regel schlechte Startbedingungen, wenig Zugangschancen und geringe Verhandlungsmacht, sowohl auf dem Arbeitsmarkt als auch im politischen Raum. Ungleichheit verursacht so Exklusion. Die Ungleichheit wächst dadurch weiter, ist Teil der Ursache und wird wiederum zur Folge, ein Teufelskreis.

Ein ähnlicher Zirkelschluss entsteht in Hinblick auf Umweltzerstörung und Klimawandel. Menschen, die unter Armut leiden, arbeiten und leben häufig unter prekären Bedingungen, beispielsweise in instabilen Unterkünften, auf kargen Böden oder in überflutungsgefährdeten Gebieten. Umweltzerstörung und Naturkatastrophen treffen diese verwundbarsten Bevölkerungsgruppen am Härtesten. Sie

führen zu ihrer weiteren Verarmung und verschärfen dadurch die Ungleichheit weiter.

Auf der Seite der Wohlhabenden spiegelt sich extreme soziale Ungleichheit in Lebensstilen wider, die die Auswirkungen des Produktionsmodells und des Konsumverhaltens auf das ökologische Gleichgewicht außer Acht lassen. Umweltzerstörung und Klimawandel werden so weiter vorangetrieben. Besonders prononciert zeigt sich das im Bereich der Mobilität. Weltweit trägt beispielweise der Tourismus, insbesondere der damit verbundene Flugverkehr, zu jeder elften Tonne CO₂ bei. Dabei ist dies weiterhin ein Privileg von sehr wenigen. Nur 2-5 % der Weltbevölkerung fliegen überhaupt.

Machtasymmetrien im Prozess und ihre Institutionalisierung

Anschauliches Beispiel von Machtasymmetrien sind die in vielen Ländern extrem ungleichgewichtigen Beziehungen zwischen den Sozialpartnern auf dem Arbeitsmarkt, die sich auf die Löhne und Arbeitsbedingungen auswirken – ein zentraler Faktor für Ungleichheit. Die Machtasymmetrie wirkt aber auch in die politische Arena hinein. Der Nobelpreisträger Joseph Stiglitz beschreibt den Einfluss von ressourcenstarken Interessengruppen auf nationale politische Aushandlungsprozesse und öffentliche Meinungen: So habe besonders das obere Prozent die Mittel, die Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik durch Parteispenden, Medienkontrolle und kostspielige Lobbyarbeit zum eigenen Vorteil zu beeinflussen (vgl. Stiglitz 2014). Eine solche kaum kontrollierte Machtausübung von Eliten zum eigenen Vorteil führt zur erneuten Verstärkung von Ungleichheit (vgl. Brot für die Welt (2016): Brot für die Welt – Arbeit in und mit Schwellenländern).

Auch bei der Ausgestaltung der globalen institutionellen Ordnung wirken sich Unterschiede in Macht und Einfluss aus, beispielsweise in Form der Dominanz reicher Länder(gruppen)⁴ bei der Aushandlung von internationalen Vertragswerken (z.B. Handelsverträge), beim Abschluss internationaler Abkommen (z.B. Fischereiabkommen) oder in der Definition von Politik und Strategien internationaler Organisationen. In einigen Organisationen, wie beispielsweise bei Weltbank (WB) und Internationalem Währungsfonds (IWF), ist das Stimmrecht an die gehaltenen Kapitalanteile geknüpft. Beim IWF verfügen somit die USA allein und die EU-Staaten gemeinsam über eine Sperrminorität.

⁴ z. B. die OECD-Staaten, die EU oder G7, durch die die ehemaligen Kolonialmächte durchsetzungsstark wirken

Das ist einer der Gründe, warum China versucht, unter eigener Vormachtstellung Alternativstrukturen zu initiieren u.a. durch die Asian Infrastructure Investment Bank AIIB und durch die Seidenstraßeninitiative. In den Vereinten Nationen gilt zwar das Prinzip „ein Land, eine Stimme“ und bei weitreichenden Entscheidungen das Konsensprinzip. Dennoch werden Entscheidungen de facto von Machtungleichgewichten und Abhängigkeiten beeinflusst. Zusätzlich erfolgt eine erhebliche Einflussnahme durch den privaten Sektor, beispielsweise durch internationale Unternehmensverbände oder große philanthropische Stiftungen wie die Gates-Foundation, deren politischer Einfluss bei den Vereinten Nationen und bei Nichtregierungsorganisationen wächst.

Nationale Institutionen und Politik

Zu den zentralen Faktoren auf nationaler Ebene, die zur Verstärkung oder Reduzierung ökonomischer und sozialer Ungleichheit beitragen können, zählen die Wirtschaftsordnung, die Fiskal- und die Sozialpolitik.

Unter dem Druck der Schuldenkrise mussten viele Länder, insbesondere in Asien, Lateinamerika und Osteuropa in den 1980er und 90er Jahren ihre Wirtschaftsordnung reformieren: Deregulierung, Privatisierung, Liberalisierung des Handels und der Finanzmärkte, Flexibilisierung der Arbeitsmärkte, steuerliche Entlastung von Unternehmen und Einschränkung staatlicher Sozialpolitik standen auf der Tagesordnung – politische Maßnahmen, die zur Verstärkung von Ungleichheit beitragen.

In der Folge lässt sich beobachten, dass die Schere zwischen Einkommen aus Kapital und Arbeit weltweit immer größer wurde und wird. In den letzten drei Jahrzehnten ist der Anteil an Einkommen aus Arbeit in den meisten Ländern zurückgegangen, während der Anteil an Einkommen aus Kapital gestiegen ist. Auch zwischen verschiedenen Lohngruppen hat die Ungleichheit zugenommen. Im Durchschnitt sind die Einkommen der Geringverdienenden und der Mittelschicht erheblich langsamer gewachsen als die der am besten verdienenden zehn Prozent der Einkommenspyramide. Digitalisierung und technologischer Wandel verschärfen Ungleichheit zusätzlich, weil Innovator_innen, Aktionär_innen und Investor_innen sowie eine kleine Gruppe hochqualifizierter Arbeitnehmer_innen der IT-Branche stark profitieren, während andere, die ihr Einkommen aus gering qualifizierten Tätigkeiten beziehen, in viel geringerem Maß profitieren oder sogar verlieren.

Gleichzeitig führen jedoch auch die Flexibilisierung des Arbeitsmarkts, ein zu geringer Mindestlohn und die rückläufige Macht der Gewerkschaften zu höherer Ungleichheit bzw. zu einem Zuwachs des Einkommensanteils der oberen zehn Prozent. Arbeitsmarktderegulierung begünstigt die besser Verdienenden und reduziert die Verhandlungsmacht der Arbeitnehmerinnen und Arbeiter aus dem Segment niedriger Einkommen (IMF 2015, S.26).

In vielen Ländern wird der Staat seiner Verantwortung zur Sicherung des Gemeinwohls nicht gerecht. Es mangelt an wirtschafts- und finanzpolitischer Regulierung, an Investition in die Chancengleichheit aller und an Maßnahmen zur Umverteilung. Seit den 1980er Jahren sind in fast allen Ländern der Erde große Kapitalmengen aus öffentlichen in private Hände transferiert worden. Das öffentliche Nettovermögen ist gesunken, während das private Nettovermögen zugenommen hat. Hinzu kommen die in Ländern mit niedrigem oder mittlerem Einkommen häufig zu geringen öffentlichen Einnahmen aus Steuern und anderen Quellen. Steuervermeidung der Unternehmen und ein ruinöser Steuer- und Subventionswettbewerb zwischen Staaten, um mittels Steuererleichterungen bzw. staatlichen Subventionen Investitionen anzuwerben, höhlen die nationalen Budgets von Ländern mit niedrigen Einkommen aus. Ein Beispiel hierfür sind die in Mittelamerika angesiedelten *Maquilas*, internationale Unternehmen vor allem im Textilsektor, welche in zollfreien Zonen für den US-amerikanischen Markt produzieren und praktisch rechtsfreie Räume darstellen, in denen die geltende nationale Arbeitsgesetzgebung keine Beachtung findet. Die Unternehmen produzieren günstig mit geringen Personalkosten; die Produktionsmaterialien liefern die Abnehmer_innen der Endprodukte ebenfalls zollfrei selbst.

Hinzu treten in zahlreichen Fällen Probleme von Korruption und Nepotismus. Dadurch schrumpft der Spielraum für öffentliche Investitionen und für die Gestaltung von Politik, um eine Korrektur der sehr ungleichen primären Einkommensverteilung vorzunehmen. Ebenso führt dies zu mangelnden Investitionen in öffentliche Leistungen wie Bildung, Gesundheit und soziale Sicherheit, die zur Reduzierung der extremen Chancenungleichheit beitragen könnten.

Globale Institutionen und Politik

Globale Faktoren und ihre direkten und indirekten Auswirkungen auf die weltweite und nationale Ungleichheit müssen ebenso in den Blick genommen werden.

Dazu zählen verschiedene Elemente der Weltwirtschaftsordnung, beispielsweise unfaire Bedingungen im Welthandel, ungerechte Freihandelsabkommen, asymmetrischer Protektionismus oder die Subvention von Exportprodukten. Benannt werden muss auch die Externalisierung von Kosten der Produktion, insbesondere in Form von lokaler und globaler Umweltverschmutzung, die ganzen Gesellschaften im In- und Ausland hohe Kosten auferlegen, während die privaten Gewinne von wenigen steigen.

Einige multinationale Unternehmen haben eine Marktdominanz erreicht, die es ihnen nicht nur erlaubt, gewinnmaximierende Preise zu setzen. Über aggressive Verdrängung kontrollieren sie häufig auch den Markt und schließen andere Akteure vom Marktzugang aus. Durch Lobbyarbeit beeinflussen sie außerdem die Rahmenbedingungen für den gesamten Sektor. Sehr deutlich wird dies im Rohstoffsektor, der durch geologische und technologische Faktoren besonders zur Monopolbildung neigt. Gleichzeitig wird durch gezieltes Outsourcing die Unternehmensverantwortung für ökologische und soziale Folgen der Rohstoffbeschaffung und der arbeitsintensiven Produktionsabläufe ausgelagert. China hat inzwischen als neuer globaler Akteur ein besonderes Interesse, sein wachstumsorientiertes Wirtschaftsmodell durch billige Rohstoffimporte abzusichern. Eine enge Zusammenarbeit einer nationalen Elite mit internationalen Akteuren lässt hier Gewinne häufig in wenige Hände fließen, während die Bevölkerung des rohstoffproduzierenden Landes kaum Nutzen von den natürlichen Reichtümern hat (vgl. Brot für die Welt 2017). Investitionen in große Agrarflächen zur Erzeugung von landwirtschaftlichen Rohstoffen führen häufig zu Landkonflikten und zur Vertreibung von einheimischen Kleinbäuerinnen und Kleinbauern bzw. verschärfen den Zugang zu Land für arme Bevölkerungsteile (Land Grabbing). Auch die Nutzung von Patenten und geistigen Eigentumsrechten dient vorwiegend großen Unternehmen aus Industrieländern, während

die Auswirkungen auf die arme Bevölkerung nachteilig sind. Konflikte entstehen, weil starke Schwellenländer wie China und Indien versuchen, Patentrechte zu umgehen bzw. zu missachten. Brisant ist etwa die indische Generika-Herstellung, die eine kostengünstige Medikamentenversorgung nicht nur in Indien sondern im globalen Süden insgesamt begünstigt, jedoch auf Druck von Pharmakonzernen zunehmend eingeschränkt wird.

Eine weitere ökonomische Ursache für wachsende Ungleichheit ist die als Finanzialisierung bezeichnete Zunahme der Bedeutung des Finanzsektors gegenüber der Realwirtschaft (d.h. auch der Finanzinvestor_innen im Verhältnis zu den Unternehmer_innen), die durch die Deregulierung und Öffnung vormals national regulierter und begrenzter Finanzmärkte ermöglicht wurde. Die extrem schnelle Verbreitung neuer Finanzinstrumente, die zunehmende Priorisierung der auf Shareholder-Value (Interessen der Anteilseigner_innen) angelegten Unternehmenspolitik, die wachsende Bedeutung institutioneller Anleger auf den Finanzmärkten (Versicherungen, Hedgefonds, Pensionskassen etc.), die dramatische Ausweitung des Kredit- und Anlagegeschäfts in Form von Hypotheken und Verbriefungen von Krediten und Einlagen sowie die enormen Gewinne aus den steuerfreien Finanzspekulationen fördern die ungleiche Verteilung von Kapitalvermögen.

Auf internationaler Ebene fehlt es an politischem Willen, sich auf angemessene Leitplanken und Regelungen zu verständigen. Bisher konnte sich die Staatengemeinschaft lediglich auf vage Absichtserklärungen ohne bindende Beschlüsse, Verpflichtungen oder Kontrolle einigen. Die bisherigen Initiativen der G20 und OECD zur Vermeidung von Kapitalflucht, Geldwäsche, illegaler Steuerflucht und legaler Steuerumgehung, sind zwar Schritte in die richtige Richtung, bleiben aber noch zu schwach.

3. Prinzipien und Werte der Arbeit von Brot für die Welt

Die Prinzipien und Werte von Brot für die Welt als Werk evangelischer Kirchen leiten sich ab aus den biblischen Perspektiven auf soziale Ungleichheit und auf Armut. Bereits in der prophetischen Tradition des Alten Testaments wird große soziale Ungleichheit und das Leben in existenzbedrohender Armut als von Gott nicht gewollt bezeichnet. Ungleichheit wird als Anklage an diejenigen laut, die an der Spitze der sozialen Pyramide stehen, weil sie von der Armut der anderen profitieren. Gottesdienst, der die Menschen, die ihn feiern, nicht auf den Weg der Gerechtigkeit stellt, wird von Gott verworfen und ist ein Missbrauch seines Namens (Amos 5, 11-6,14). In der Sozialgesetzgebung Israels wird soziale Ungleichheit als mit der Erwählung des ganzen Volkes durch Gott nicht vereinbar benannt, und die Fürsorge für die Armen und Maßnahmen der ausgleichenden Gerechtigkeit werden auf verschiedene Weise fest in der sozialen Praxis Israels verankert.⁵

Die besondere Nähe Gottes zu den Armen und die Erhöhung derer, die nach menschlichen Maßstäben als niedrig angesehen werden, durch ihn, zieht sich als festes Motiv durch das Alte und Neue Testament. Die erste christliche Gemeinde teilte miteinander den Glauben und auch die Güter und setzte damit Maßstäbe im Umgang mit Ungleichheit, die in der Geschichte des Christentums immer wieder Einzelne und Bewegungen inspiriert haben. Der Apostel Paulus macht in seinem Brief an die Gemeinde in Korinth deutlich, dass dem geschwisterlichen Teilen von Brot und Wein im Abendmahl ein Teilen von Gütern des Alltags entspricht, das die soziale Ungleichheit zwischen Versklavten und Freien im Gesellschaftsallday zwar nicht aufhebt, aber doch verändert und vom Evangelium her infrage stellt (1 Kor 11, 17-34).

Warnung vor Reichtum ist ein Grundzug des Neuen Testaments in der Vielfalt seiner Schriften – der Dienst am Götzen des „Mammon“ und das dem wahren Gott Dienen schließen einander aus. Jesus selbst identifiziert sich in unüberbietbarer Weise mit den sogenannten „Geringsten“ – mit denen, die am untersten Ende der sozialen Schichtung stehen (Mt 25, 31-46) und überwindet Ungleichheit und Exklusion durch seine bewusste Zuwendung zu den Marginalisierten und Stigmatisierten seiner Zeit. Er spitzt Gottes Gerechtigkeit in seinem Handeln zu. Die Perspektive des

Reiches Gottes, durch das die „Letzten“ zu den Ersten gehören werden, stellt die bisherigen Kategorien auf den Kopf. Jesus relativiert mit seinem Ruf in seine Nachfolge die Bindung der Menschen an Besitz, Herkunft, Familie und Status. „Leben und volle Genüge“ oder „Leben in Fülle“ – die Zusagen Jesu nach dem Johannesevangelium (Joh 10, 10) – umfassen ein Leben in Würde und in Freiheit von täglichen Überlebenskämpfen und Exklusionserfahrungen, reichen jedoch noch sehr viel tiefer und weiter als die ökonomische und materielle Dimension und zielen auf ein umfassend versöhntes Leben in Gerechtigkeit mit Gott und in der Schöpfungsgemeinschaft.

Brot für die Welt ist dieser Perspektive der Identifikation mit den Ärmsten der Armen an der Seite Jesu verpflichtet und verfolgt seit seiner Gründung das Ziel, dieser Hoffnung auf Gerechtigkeit Gestalt zu geben (EKD 1997, BfW 2000, EWDE 2011, BfW 2018). Auf dieser Grundlage folgt Brot für die Welt einem Verständnis von Gerechtigkeit, das im 20. Jahrhundert der Philosoph John Rawls beschrieben hat: Er nimmt den Zusammenhang von Gerechtigkeit und Gleichheit in zwei Grundsätzen den Blick. Rawls geht davon aus, dass zum einen jede Person ein gleiches Recht auf das umfassende System gleicher Grundfreiheiten hat. Zum anderen sind soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten zulässig, soweit diese den am wenigsten Begünstigten den größtmöglichen Vorteil bringen (Differenzprinzip) und mit Positionen und Ämtern verbunden sind, die prinzipiell allen offenstehen (Chancengleichheitsprinzip). Dahinter steht eine Vorstellung von Gerechtigkeit, die Rawls folgendermaßen charakterisiert: „Alle sozialen Werte – Freiheit, Chancen, Einkommen, Vermögen und die sozialen Grundlagen der Selbstachtung – sind gleichmäßig zu verteilen, soweit nicht eine ungleiche Verteilung jedermann zum Vorteil gereicht. Ungerechtigkeit besteht demnach einfach in Ungleichheiten, die nicht jedermann Nutzen bringen.“ (Rawls 1979, S. 83). Ungleichheit ist also nur dann der Gleichheit vorzuziehen, wenn alle davon profitieren – vor allem aber diejenigen, die am schlechtesten gestellt sind. Die Lebenssituation der am wenigsten Begünstigten wird zum zentralen Gesichtspunkt für die Beurteilung, wie gerecht oder ungerecht die Verteilung von Wohlstand, Macht und anderen sozialen Werten in einer Gesellschaft ist.

⁵ Dtn 15, 4-18: Regelmäßige Erlass- und Freilassungsjahre für alle Schulden und für Versklavte, Barmherzigkeit gegenüber Armen / Dtn 5, 12-15: Inklusives Sabbatgebote für alle, auch für Nicht-Freie, für Unterebene und für

„Fremdlinge“ sowie für die Tiere, verbunden mit der Erinnerung an die eigene Vergangenheit in der Sklaverei / Dtn 24, 6-22: Schutzrechte für Arme beim Leihen und Verpfänden, Recht der zweiten Lese für die Armen in der Ernte.

Rawls wandte seine Gerechtigkeitstheorie zunächst nur auf nationale Gesellschaften an. Soziale Gerechtigkeit muss jedoch heute, da die Menschheit in einer Kooperations- und Risikogemeinschaft verflochten ist, auch im Weltmaßstab ausbuchstabiert werden. Angesichts konkreter und dramatischer Armut sind Ungleichheiten immer und überall ungerechtfertigt, wenn Transfers das Leiden der am wenigsten Begünstigten lindern könnten (vgl. Pogge 2011). Soziale Gerechtigkeit in der Weltgesellschaft beinhaltet daher die Verpflichtung der Staaten, internationale Kooperationsbeziehungen so zu gestalten, dass sie allen Beteiligten, insbesondere aber den Benachteiligten, zugutekommen. Armut und Ungleichheit gehen in unserer heutigen Welt auf eine ungerechte Weltordnung zurück, an deren Ausgestaltung und Aufrechterhaltung die reichen und mächtigen Staaten maßgeblich beteiligt sind. Die Bürgerinnen und Bürger Deutschlands, repräsentiert durch ihre gewählte Regierung, sind somit für Ungleichheiten und Ungerechtigkeit in der Welt mitverantwortlich (vgl. Pogge 2011).

Was folgt daraus für Brot für die Welt?

Brot für die Welt nimmt in der Zusammenarbeit mit seinen Partnern die am stärksten benachteiligten Menschen vor allen anderen in den Blick: mit ihnen sollen Schritte hin zu einer gerechten und nachhaltigen Gesellschaft gegangen werden. Dabei ist die Einsicht handlungsleitend, dass Men-

Eine Gesellschaft, die die Gottebenbildlichkeit des Menschen ernstnimmt, kann nie eine Klassengesellschaft sein. Menschen sind gleich viel wert und haben gleiche Rechte.
(EKD 2018)

schen nicht gleich sind, dass ihnen aber allen unterschiedslos die gleichen Rechte zustehen.

Es geht nicht darum, jede Form von Ungleichheit als ungerecht zu bestimmen. Denn eine Gesellschaft, die vollständige ökonomische Gleichheit anstrebt, muss nicht per se sozial gerecht sein. Auch sind die vielfältigen Lebensentwürfe von Menschen, die auch zu einem unterschiedlichen Niveau materiellen Wohlstands führen können, Ausdruck menschlicher Freiheit – sofern sie Ergebnis freiwilliger Wahl und nicht Folgen von Zwängen sind. Wenn jedoch gleiche Rechte, gleiche Chancen und gleichberechtigte Teilhabe aufgrund von sozialer Ungleichheit verwehrt werden, dann bewertet dies Brot für die Welt als ungerecht. Achtung, Schutz und Gewährleistung der universalen Menschenrechte stellen hier den zentralen Orientierungsrahmen dar. Vermeidbare Notlagen und Mangelsituationen, die neben

Überfluss weiterbestehen, verletzen die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte. Sie bedeuten für Notleidende fundamentale Verletzungen der menschlichen Würde, die Brot für die Welt zum Handeln verpflichten (BfdW 2018).

Brot für die Welt leistet deshalb auch ethisch-konzeptionelle und politische Arbeit im Rahmen des ökumenischen und internationalen Diskurses über Gerechtigkeit und zur Überwindung von Ungleichheit, auf nationaler Ebene über die Kammern der Evangelischen Kirche Deutschlands, auf globaler Ebene über den Lutherischen Weltbund, den Weltkirchenrat und die ACT Alliance, auf europäischer Ebene durch ACT Europe und durch EuroDiaconia, mit denen das Werk verbunden ist. Gemeinsam positionieren sich diese Netzwerke durch Stellungnahmen (z.B. LWF Assembly Resolution 2017) und Kampagnen (z.B. Zachäuskampagne zur Steuergerechtigkeit) für soziale Gerechtigkeit und den Abbau sozialer Ungleichheit.

Die Agenda 2030

Brot für die Welt erkennt die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen, in der sich Regierungen weltweit dazu verpflichtet haben, 17 nachhaltige Entwicklungsziele (SDGs) bis 2030 zu erreichen, als einen zentralen Referenzrahmen für die Entwicklungszusammenarbeit an. Die Beendigung von Armut in all ihren Formen und überall ist dabei in SDG 1, die Reduzierung von Ungleichheit in und zwischen Ländern in SDG 10 verankert.

In der Agenda 2030 wird explizit formuliert, dass nachhaltige Entwicklung nur dann erreicht werden kann, wenn alle Entwicklungsziele gleichzeitig angestrebt werden und nicht, indem einzelne Sektoren isoliert vorangetrieben werden. Auch die Agenda 2030 bestätigt damit, dass die Beendigung von Armut und die Reduzierung von Ungleichheit eng miteinander verwoben sind.

In der Agenda 2030 wird außerdem betont, dass ein Ziel nur dann als erreicht gelten darf, wenn niemand zurückgelassen wird (vgl. Prinzip „Leave no one behind“, Präambel der Agenda 2030). So kann sich die Weltgemeinschaft mit einer Verbesserung von Durchschnittswerten von Wohlstandsindikatoren unter Fortschreibung von Armut und extremer Ungleichheit nicht mehr zufriedengeben.

Die Teilziele des SDG 10 geben klare Hinweise auf zentrale Handlungsfelder, mit denen sich Brot für die Welt identifizieren kann: (1) die Verteilung von Einkommen soll sich verändern: Im Sinne des Prinzips „Leave no one behind“

sollen die Einkommen der unteren 40 Prozent der nationalen Einkommenspyramide stärker zunehmen als das Durchschnittseinkommen. So holen die am schlechtesten Gestellten auf, und Einkommensungleichheit wird kontinuierlich verringert. (2) Darüber hinaus geht es in SDG 10 um Selbstbestimmung und Inklusion aller Menschen unabhängig von Alter, Geschlecht, Behinderung, Rasse, Ethnizität, Herkunft, Religion oder wirtschaftlichem oder sonstigem Status. Die Abschaffung diskriminierender Gesetze, Politik und Praktiken bzw. die aktive Förderung geeigneter gesetzgeberischer, politischer und sonstiger Maßnahmen soll Chancengleichheit schaffen und Ungleichheit der Ergebnisse reduzieren. Multiple Benachteiligung, von der bestimmte gesellschaftliche Gruppen besonders hart betroffen sind, soll flächendeckend eingedämmt werden. (3) Weitere politische Maßnahmen zur Reduzierung von (Einkommens)ungleichheit betreffen insbesondere fiskalische, lohnpolitische und den Sozialschutz stärkende Reformen. Globale Finanzmärkte sollen reguliert und überwacht werden. (4) Zudem soll eine bessere Vertretung und verstärkte

Mitsprache der Entwicklungsländer bei der Entscheidungsfindung in den globalen internationalen Wirtschafts- und Finanzinstitutionen sichergestellt werden, um die Wirksamkeit, Glaubwürdigkeit, Rechenschaftslegung und Legitimation dieser Institutionen zu erhöhen. (5) Durch die Anwendung einer planvollen und gut gesteuerten Migrationspolitik soll auch eine geordnete, sichere, reguläre und verantwortungsvolle Migration und Mobilität von Menschen erleichtert werden, die zum internationalen sozialen Ausgleich beiträgt.

Als politische Agenda zielt die Agenda 2030 mit ihrem Streben nach einer gerechten und nachhaltigen globalen Entwicklung in dieselbe Richtung wie der christliche soziale und diakonische Auftrag, der Brot für die Welt begründet. Die Agenda 2030 bietet Brot für die Welt eine wichtige Möglichkeit, seiner christlichen Verantwortung in Kooperation mit öffentlichen wie auch zivilgesellschaftlichen Akteuren gerecht zu werden.

4. Handlungsfelder von Brot für die Welt

Brot für die Welt betrachtet die Reduzierung von sozialer Ungleichheit als eigenständiges Entwicklungsziel und zugleich als elementaren Beitrag zur Überwindung von Armut. Eine Vielzahl der Projekte seiner Partner, die eigene politische Arbeit und die Bildungsarbeit stehen in engem Bezug zum Thema soziale Ungleichheit und sollten dieser Frage in Zukunft noch mehr Aufmerksamkeit widmen. Dabei stehen vier Handlungsfelder im Vordergrund.

4.1 Handlungsfeld 1: Auf einen sozio-ökonomischen Paradigmenwechsel hinwirken

Durch die bestehende Wirtschaftsordnung werden viele Elemente zementiert, die Armut und Ungleichheit hervorbringen und reproduzieren. Das wirtschaftsliberale Versprechen, dass der freie Markt dem Nutzen aller dient, hat sich nicht erfüllt. Das kapitalistische System konzentriert Vermögen nach und nach in den Händen einer kleinen Minderheit und vergrößert die soziale Ungleichheit immer weiter (vgl. Piketty 2014). Gewinnmaximierende Akteure neigen dazu, ökologische und soziale Kosten des Wachstums zu externalisieren, sie an die Gemeinschaft weiterzugeben, sie in andere Länder zu exportieren oder zukünftigen Generationen aufzubürden.

„Armut enthüllt sich allzu oft als ein Kollateralschaden der Reichtumserzeugung.“

Wolfgang Sachs

gen Generationen aufzubürden. „Land wird von Großeignern gebunkert, Fischgründe werden von Industrie-
flotten

abgeerntet, Lehrer und Ärzte verirren sich selten zu indigenen Minderheiten und Elendsquartiere in der Stadt bevölkern sich mit von Staudamm- und Plantagenprojekten Vertriebenen. Denkt man dazu noch an das Wirken des Weltmarkts, der mit Billigimporten von Speiseöl dem Kokosbauern in Kerala den Garaus macht, oder an die Folgen des Klimawandels, der die Erträge gerade fragiler Böden in den Tropen absinken lässt, dann enthüllt sich Armut allzu oft als ein Kollateralschaden der Reichtumserzeugung. Ohne eine Reform des Reichtums kann es keine Linderung der Armut geben“ (Sachs 2017).

Das stellt uns vor die Aufgabe, grundsätzlich umzudenken und der gegenwärtigen Wachstumsideologie eine andere Vision entgegenzusetzen. Wir benötigen ein neues Leitbild für eine zukunftsfähige Entwicklung und suchen deshalb

nach Wegen zu einem sozial gerechten und ökologisch nachhaltigen Zivilisationsmodell, das die ökologischen Grenzen des Wachstums und die Idee einer solidarischen Gesellschaft und Weltgemeinschaft respektiert. Zentral ist ein gemeinschaftliches Leben im Einklang miteinander und nicht auf Kosten der Natur und anderer Menschen sowie die Wahrung kultureller Identitäten. Dafür gibt es zahlreiche Ansätze, sowohl aus dem Globalen Süden als auch aus westlichen Industrieländern, beispielsweise die Grundelemente der skandinavischen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodelle oder die Ideen der Gemeinwohlökonomie, der *Care Economy* und des Zeitwohlstands aus der europäischen De-Growth-Bewegung, bis hin zum andinischen *Buen Vivir*, *Ubuntu* aus dem südlichen Afrika oder das in Bhutan als Wohlstandsindikator erhobene Bruttonationalglück.

Der sichere Handlungsraum der Menschheit liegt zwischen den planetarischen Grenzen auf der einen Seite und der Erfüllung der Grundbedürfnisse und Menschenrechte auf der anderen Seite (vgl. Raworth 2019). Zur Ausgestaltung eines gemeinwohlorientierten Wirtschaftens in diesem Handlungsraum wird eine proaktive, steuernde Politik benötigt.

Wir unterstützen die Arbeit unserer Partner in diesem Handlungsfeld und betrachten es als wichtige Aufgabe von Brot für die Welt, an Konzepten für ein anderes Wirtschaften und Zusammenleben mitzuarbeiten. Dazu zählt, Menschen über Zusammenhänge zwischen Armut und Reichtum zu informieren und zur Beteiligung an der Diskussion über ein anderes Paradigma einzuladen, um gemeinsam umzusteuern.

Brot für die Welt und seine Partner arbeiten deshalb auch an nationalen Nachhaltigkeitsstrategien zur Agenda 2030 mit, da sie ein zukunftsfähiges, sozial und ökologisch ausgerichtetes politisches Umsteuern zum Ziel haben. Sie fordern ambitionierte Indikatoren für die einzelnen Nachhaltigkeitsziele und begleiten ihre Gesamtumsetzung kritisch.

4.2 Handlungsfeld 2: Benachteiligte und ausgeschlossene Menschen ermächtigen

Brot für die Welt möchte gesellschaftliche Transformation von unten mitgestalten. Ausgangspunkt ist die (Selbst-) Ermächtigung benachteiligter und ausgeschlossener Men-

schen, die Stärkung ihres Selbstbewusstseins, die Wahrnehmung des eigenen Wertes und der eigenen Würde, die Selbstorganisation, Vernetzung und Interessensvertretung in Familie und Gesellschaft, im Wirtschaftsleben und im politischen Raum.

Brot für die Welt unterstützt deshalb das Engagement von zivilgesellschaftlichen Partnerorganisationen für die Reduzierung von Ungleichheit auf lokaler, nationaler oder internationaler Ebene. Dabei handelt es sich um Selbsthilfeorganisationen und soziale Bewegungen, Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen, Kirchen und kirchliche Organisationen.

Ihr Engagement kann verschiedenste Formen annehmen: rechtbasierte Basisarbeit, bewusstseinsbildende Gemeindegarbeit, soziale Mobilisierung oder politische Lobby- und Advocacyarbeit. Dazu gehört das Engagement für Gendergerechtigkeit, gegen Rassismus und gegen Diskriminierungen, Unterdrückung und Ausbeutung jeder Art. Mit Blick auf die zahllosen Erfahrungen horizontaler Ungleichheit fördert Brot für die Welt Initiativen der gezielten Gewährung von Vorteilen für diskriminierte Personen und Gruppen (*affirmative action*) und politischen Interessensvertretung bei der Formulierung von Anti-Diskriminierungs- und Ermächtigungspolicies („Nothing about us without us!“). Nicht zuletzt ist es auch notwendig, soziale Sicherungssysteme und deren Finanzierung durch progressive Beitrags- und Steuersysteme einzufordern, insbesondere um einkommensunabhängigen, bedarfsgerechten Zugang zu Nahrung, Gesundheit und Bildung zu schaffen als eine Voraussetzung für Selbstbestimmung und Partizipation.

Besonders in Zeiten schrumpfender zivilgesellschaftlicher Spielräume will Brot für die Welt in diesen Arbeitsfeldern an der Seite seiner Partner stehen und sie finanziell, aber auch durch Rückhalt und Vernetzung stärken, wenn soziale Ungerechtigkeit und eine skandalöse Verteilung von wirtschaftlicher Macht und Einkommen mit Hilfe staatlicher Gewalt aufrechterhalten werden (vgl. Brot für die Welt 2000; EKD 1973).

Gesellschaftliche Transformation von unten erfordert Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit, hier und in den Kontexten unserer Partner. Dazu zählt es auch, kritische, alternative Medien in Nord und Süd zu fördern. Es ist Brot für die Welt wichtig, Menschen in Deutschland über Zusammenhänge zwischen Armut und Reichtum zu informieren, zum

Umdenken und bewusstem individuellen Handeln einzuladen. Brot für die Welt unterstützt Partnerorganisationen dabei, soziale Medien als Instrument der kritischen Information, zur Mobilisierung und Vernetzung zu nutzen und die Menschen, mit denen sie arbeiten, für den verantwortungsvollen Umgang zu sensibilisieren. Dazu zählt u.a. das kritische Befassen mit Datensicherheit, *fake news* und den Gefahren

der bewussten Manipulation, die einer gleichberechtigten Teilhabe entgegenstehen.

„Armut kann nicht nur als ein Mangel an Geld gesehen werden, sondern ist insbesondere ein Mangel an Macht. Das ruft nach mehr Rechten und mehr Selbstbestimmung.“

Cornelia Füllkrug-Weitzel

Oft bieten die durch Befreiungsbewegungen nach der Kolonialzeit neu geschriebenen fortschrittlichen Verfassungen der Länder oder auch die Ratifizierung internationaler Abkommen gute Voraussetzungen, um die Rechte von breiten Bevölkerungsteilen einzufordern und gegen Ungleichbehandlung und soziale Ungleichheit anzugehen. Soziale Bewegungen und zivilgesellschaftliche Organisationen informieren Menschen über ihre Rechte und verfolgen die Umsetzung der Rechte in der Praxis nach. Gerade im ländlichen Raum, wo Zugang zu Informationen und Bildung erschwert sind, erfüllen sie eine eminent wichtige Funktion. Zur Ermächtigung der Machtlosen nutzen Partnerorganisationen dabei Instrumente wie „Free Prior Informed Consent“ und gründen neue Bewegungen wie „Right to say no“⁶. Sie erinnern lokale und nationale Regierungen daran, ihre Verantwortung gegenüber den betroffenen Menschen wahrzunehmen, wenn Investoren ihre Interessen durchsetzen wollen, ohne die Zustimmung der ansässigen Bevölkerung einzuholen.

Gesellschaftliche Transformation von unten bedeutet auch, dort und hier alternative Praktiken zu erproben, z.B. lokale und regionale Wirtschaftskreisläufe, solidarisches Wirtschaften, Fairer Handel mit politischem Anspruch oder einen anderen Umgang mit Geld durch ethische Geldanlagen (Fair World Fonds), und *best practices* zu verbreiten.

Durch verstärkte Netzwerkarbeit von Partnerorganisationen ergeben sich Synergien, und Anliegen können gestärkt vertreten werden. Neue Formen von sozialer Mobilisierung

⁶ FPIC (free prior informed consent) ist ein in den United Nations Declaration on the Rights of Indigenous Peoples festgelegtes Verfahren, das die ratifizierenden Staaten dazu verpflichtet, darauf zu achten, dass bei Investitionsvorhaben, welche lokale Bevölkerung tangieren, diese entsprechend

rechtzeitig zu informieren und ihre Zustimmung einzuholen ist. „Right to say no“ ist in Südafrika aus den Protesten gegen die Minengesellschaften entstanden und fordert das Recht der Betroffenen ein, solche Vorhaben abzuwehren zu können.

haben das Potential, starre Politikmuster und gefestigte soziale Ungleichheiten zu durchbrechen. Die Studentenproteste für kostenlose Bildung in Südafrika sind ein Beispiel. Sie verdeutlichen eine starke Intersektionalität verschiedener Formen sozialer Ungerechtigkeit und kritisieren folgerichtig nicht nur die eurozentristische Perspektive an der Universität, sondern stellen auch Geschlechterrollen in Frage, legen Rassismus offen und solidarisieren sich mit bildungsfernen Schichten.

4.3 Handlungsfeld 3: Gemeinwohlorientierte Politik einfordern

Empirische Studien zur Entwicklung von Ungleichheit zeigen eine große Heterogenität der Entwicklungen und Dynamiken in verschiedenen Ländern und Regionen der Welt. Es sind politische Entscheidungen, die zu mehr oder weniger Ungleichheit führen. Der Staat als Verkörperung eines Gesellschaftsvertrags hat das Mandat, eine gemeinwohlorientierte Gestaltung des Zusammenlebens sicherzustellen. Viele Regierungen nehmen diese Rolle jedoch nicht ausreichend wahr.

Brot für die Welt unterstützt deshalb Partnerorganisationen dabei, sich in die lokale, regionale und nationale Politik einzubringen. Durch das Umsetzen vorbildhafter Praktiken, die besonders benachteiligte Bevölkerungsgruppen stärken, durch Politikvorschläge, soziale Mobilisierung, Protest, durch Monitoring und Feedback an staatliche Stellen vertreten sie die Anliegen derer, die in der Verteilungspyramide am unteren Ende stehen. Das Einfordern und Umsetzen gleichberechtigter Beteiligung unabhängig von Einkommen, Religion oder Geschlecht ist wichtiges Element für die Reduzierung von Ungleichheit.

Ungleichheit ist ein Querschnittsthema. Politikentscheidungen in den unterschiedlichsten Sektoren können erhebliche Wirkung auf soziale Ungleichheit entfalten, beispielsweise in der Landwirtschaft, im Wassersektor oder im Transportwesen. Auf der Basis ihrer jeweiligen Expertise und unter Berücksichtigung ihrer Erfahrungen aus der Basisarbeit leisten unsere Partner wichtige Analysearbeit und bringen diese in den nationalen Politikdialog ein. Viele Erfahrungen gibt es beispielsweise in Hinblick auf Privatisierungsvorhaben im Bereich der Basisinfrastruktur, die von Partnern in verschiedenen Ländern kritisch hinterfragt werden. So trägt die Initiative einer südafrikanischen Partnerorganisation („Hands Off Our Grants“) dazu bei, die Privatisierung der Verwaltung von Sozialtransfers in Frage zu stellen. Illegale Abzüge privater Dienstleistungsunternehmen (für Wasserversorgung, Versicherung u.a.) von den

Konten der Sozialleistungsempfänger werden nun gestoppt und müssen zurückgezahlt werden.

Brot für die Welt bestärkt seine Partner grundsätzlich darin, Verteilungswirkungen von Politik in den Sektoren, in denen sie aktiv sind, jeweils mitzudenken und kritisch zu kommentieren.

Besonderes Potential, einen Beitrag zur Reduzierung von sozialer Ungleichheit zu leisten, sieht Brot für die Welt darüber hinaus durch das Engagement in folgenden Themenfeldern:

Geschlechtergerechtigkeit, Anti-Diskriminierung und Inklusion

Es gilt, die Ursachen und Wirkungen von Marginalisierung in den Blick zu nehmen und zu beseitigen, die mit Geschlecht, ethnischer oder religiöser Zugehörigkeit, sexueller Orientierung, Gesundheitsstatus oder anderen spezifischen Merkmalen zusammenhängen. Schwerpunkte der Arbeit von Brot für die Welt sind dabei die rechtliche Gleichstellung, Inklusion in allen Lebensbereichen, der gleiche Zugang zu und Kontrolle über Ressourcen, gleiche Partizipation und Entscheidungsmacht, Autonomie der Lebensgestaltung und Freiheit von Gewalt sowie die Veränderung gesellschaftlicher Machtverhältnisse, Denk- und Verhaltensweisen, die Ungleichheit zwischen gesellschaftlichen Gruppen aufrechterhalten.

Arbeitsmarktpolitik und Digitalisierung

Angesichts der beschriebenen Machtungleichgewichte auf dem Arbeitsmarkt gilt es, die Selbstorganisation der Arbeitnehmerinnen zu fördern und Arbeitnehmerrechte einzufordern. Gestärkte Gewerkschaften und Zusammenschlüsse von Beschäftigten im formellen wie informellen Sektor gewinnen an Verhandlungsmacht zur Durchsetzung besserer Löhne und würdiger Arbeitsbedingungen.

Brot für die Welt bestärkt Partnerorganisationen in ihrer politischen Lobby- und Advocacyarbeit für eine gemeinwohlorientierte Regulierung und Gestaltung der Wirtschaft. Viele Partner setzen sich für angemessene Mindestlöhne, verteilungsbewusste Lohnpolitik oder die Reduzierung von Zugangsbarrieren zum Arbeitsmarkt ein.

Andere fordern aktive Arbeitsmarktpolitik der Regierung, einschließlich des Zugangs zu Aus- und Weiterbildung, um negativen Verteilungswirkungen von Digitalisierung und technologischem Wandel auf die Arbeitnehmer mit gerin-

gem Ausbildungsstand und in traditionellen Wirtschaftssektoren vorzubeugen. Sie setzen sich dafür ein, den benachteiligten Bevölkerungsgruppen im Globalen Süden eine bessere gesellschaftliche und ökonomische Teilhabe an der Digitalisierung zu ermöglichen und Missstände und Risiken zu minimieren. Dazu ist es notwendig, die digitale Kluft mittels öffentlich regulierter und gegebenenfalls finanzierter Infrastruktur zu schließen und durch ordnungspolitische Maßnahmen negativen Entwicklungen und der Entstehung digitaler Monopole vorzubeugen.

Optimistische Erwartungen an die Digitalisierung im Hinblick auf neue Einkommensmöglichkeiten und mehr gesellschaftliche Teilhabe von benachteiligten Bevölkerungsgruppen (z.B. durch Online-Arbeitsplattformen, digitale Bezahlssysteme, der Entwicklung einer eigenen Start-up-Szene etc.) sind weit verbreitet. Es ist jedoch notwendig, genau hinzuschauen, ob bestehende Ungleichheiten tatsächlich reduziert werden oder ob zentrale Entwicklungsanliegen sogar aus dem Blick geraten. Regierungen und Zivilgesellschaft in Ländern des Südens sollten darin unterstützt werden, Trends, die der Digitalisierung zugeschrieben werden und die in ihren Folgen noch unklar sind, zu analysieren, um entsprechende Gesetzesvorhaben oder Regulierungen der Digitalwirtschaft entwickeln zu können.

Fiskalpolitik

In der Fiskalpolitik geht es um die Herstellung von Steuer-gerechtigkeit durch effektive progressive nationale Steuer-systeme, beispielsweise durch höhere Besteuerung von hohen Kapitaleinkommen, Vermögen, Erbschaften und Unternehmen-gewinnen und durch das Vermeiden eines ruiniösen Steuersenkungswettlaufs. Ebenso richtet sich der Blick der Zivilgesellschaft kritisch auf die Staatsausgaben und ihre Verteilungswirkungen. Partnerorganisationen be-fassen sich beispielsweise mit dem Nachverfolgen staatlicher Ausgaben und ihrer (Verteilungs-)Wirkungen und können dadurch einen wichtigen Beitrag zur Frage sozialer Ungleichheit leisten.

Sozialpolitik: Gesundheit, Bildung und soziale Si-cherheit

Sozialpolitik kann bei entsprechender Ausgestaltung si-cherstellen, dass niedriges Einkommen nicht automatisch zu einer geringen Lebenserwartung, einem schlechten Er-nährungs- und Gesundheitsstatus, mangelnder Bildung und damit verbundener Chancenlosigkeit führt.

Brot für die Welt setzt sich dafür ein, dass Sozialpolitik Ex-klusionsprozesse und die Reproduktion von Armut und Un-gleichheit überwindet, damit soziale Mobilität wieder mög-lich wird. Zuverlässige Existenzsicherung (z.B. Sozialtrans-fers für Kinder, Erwachsene mit mangelndem Zugang zum Arbeitsmarkt und alte Menschen) und verfügbare öffentlich Dienstleistungen angemessener Qualität (Bildung und Ge-sundheit) stellen Ausgangsbedingungen her, die Teilhabe und Selbsthilfe erst ermöglichen und Chancenungleichheit reduzieren.⁷

Sozialpolitik stellt außerdem einen korrigierenden Eingriff in die Ungleichverteilung der Einkommen dar, die auf dem Markt entsteht. Eine umverteilende Ausgestaltung der Be-steuerung, der sozialen Dienstleistungen und der Sozial-transfers kann direkt zur Reduzierung von Ungleichheit beitragen.

Soziale Sicherheit ist ein Schlüsselinstrument im Kampf ge-gen Ungleichheit und Armut und für soziale Kohäsion. Durch progressive Besteuerung und sozialpolitische Prinzi-pien, wie z.B. das Solidarprinzip, trägt sie zur Realisierung der Gemeinwohlverantwortung der Wohlhabenden und der Gesamtgesellschaft bei (vgl. EWDE-Grundsatzpapier Sozi-ale Sicherheit und Existenzsicherung in Deutschland und weltweit, 2019).

Brot für die Welt fördert deshalb Partner, die sich für ein-kommensunabhängige Zugänge zu qualitativ hochwertigen sozialen Diensten wie Bildung, Gesundheit, soziale Sicher-heit und menschenwürdige Arbeit einsetzen. Brot für die Welt stärkt dabei insbesondere auch das politische Engage-ment seiner Partner im nationalen Dialog für soziale Si-cherheit und für das Recht auf Gesundheit und Bildung.

4.4 Handlungsfeld 4: Internationale Ver-antwortung einfordern

Brot für die Welt betont die Verantwortung der internatio-nalen Gemeinschaft für Gemeinwohl, benennt Machtasym-metrien in Wirtschaft und Politik und fordert die Regulie-rung internationaler Finanzmärkte und Wirtschaftsbezie-hungen sowie die Reform internationaler Institutionen, die Ungleichheit perpetuieren. Internationale Politik spielt eine wichtige Rolle zur Entwicklung von Rahmenbedingun-gen, die einen fairen Interessenausgleich ermöglichen.

Mit hoher Dringlichkeit setzt Brot für die Welt sich für den Abbau von internationalen Politikentscheidungen ein, die Ungleichheit zwischen und innerhalb von Ländern weiter

⁷ Die internationale Staatengemeinschaft hat sich immer wieder zur Umset-zung des Menschenrechts auf soziale Sicherheit verpflichtet, u.a. durch die

ILO Konvention 101, ILO-Empfehlung 202 zu Social Protection Floors und in SDG 1.3.

vertiefen. In der politischen Arbeit gegenüber der Bundesregierung, der europäischen Union und den internationalen Institutionen wie Weltbank und Internationalem Währungsfonds stellt Brot für die Welt regelmäßig die Frage nach der Verteilungswirkung von Politikentscheidungen.

Gemeinsam mit Partnern tritt Brot für die Welt für Reformen der **globalen institutionellen (Wirtschafts)Ordnung** ein. Die Länder des globalen Südens müssen gleichberechtigt an der Gestaltung der Weltwirtschaftsordnung teilhaben, damit sich auch ihre Interessen dort wiederfinden. Das bedeutet eine Reform internationaler Wirtschafts-institutionen, eine Etablierung fairer Handelspolitik und Handelsabkommen, angemessene Außenhandelspolitik der OECD-Länder, verantwortungsbewusste Subventionspolitik der Länder mit hohem Einkommen und die Durchsetzung von Unternehmensverantwortung in globalen Produktionsketten. Mit einer Reform der Welthandelsorganisation (WTO) muss **Handelspolitik** zu einem Instrument werden, das nachhaltige Produktion und menschenwürdige Arbeitsbedingungen fördert.

Nur durch eine ausreichende **Regulierung der globalen Finanzmärkte** können zukünftige Krisen verhindert und Investitionen in langfristige und nachhaltige Bereiche gelenkt werden. Dafür bedarf es dringend einer Reform der internationalen Finanzarchitektur und ihrer Institutionen und einer stärkeren politischen Steuerung des Finanzsektors. Des Weiteren müssen Kriterien für verantwortliche Kreditvergabe und Kreditaufnahme zur Vermeidung von Überschuldung von Staaten verbindlich eingeführt sowie rechtbasierte Mechanismen zur Lösung neuer Staatsschuldenkrisen etabliert werden. Wichtig sind zudem die Regulierung des Schattenbankenbereichs und insgesamt die Schrumpfung der spekulativen Finanzindustrie, die sich von der Realwirtschaft mehr und mehr entfernt. Darüber hinaus ist eine verstärkte internationale Zusammenarbeit für eine faire Besteuerung von internationalen Wirtschaftsakteuren erforderlich. Steuerhinterziehung und Steuervermeidung, Kapitalflucht und Korruption müssen entschieden bekämpft werden. Durch eine stärkere internationale Zusammenarbeit mit den Ländern mit niedrigem Einkommen in der Steuerpolitik könnte die Finanzierung von sozialen Sicherungssystemen und Gemeinschaftsgütern überall auf der Welt sichergestellt werden.

Brot für die Welt und seine Partner fordern außerdem die Übernahme von Verantwortung für die **aktive Umsetzung von wirkungsvollen Maßnahmen**, die zur Überwindung von Armut und Ungleichheit beitragen. Dies begründet sich nicht erst durch die gemeinsame Verpflichtung der Staaten auf die 17 nachhaltigen Entwicklungsziele

der Agenda 2030, darunter Überwindung von Armut und Reduzierung von Ungleichheit. Bereits der Sozialpakt der Vereinten Nationen für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte (1966) kennt die extraterritorialen Staatenpflichten zur Umsetzung der Menschenrechte: „Jeder Vertragsstaat verpflichtet sich, einzeln und durch internationale Hilfe und Zusammenarbeit, [...] die volle Verwirklichung der in diesem Pakt anerkannten Rechte zu erreichen.“ (Art. 2.1, vgl. auch Art. 11, Art. 12).

4.5 Instrumente

Um diese Handlungsfelder zu bearbeiten, nutzt Brot für die Welt seine vielfältigen Instrumente und richtet sie zukünftig noch engagierter auf die Reduzierung von Ungleichheit aus:

- Die **finanzielle Förderung von Partnerorganisationen**, die sich für die Ermächtigung der Benachteiligten einsetzen durch soziale Mobilisierung, Lobby- und Advocacyarbeit sowie durch Maßnahmen, die auf die Verbesserung von Chancen marginalisierter Bevölkerungsgruppen in allen Lebensbereichen hinwirken. Das kann auch bedeuten, dass Brot für die Welt Förderstandards immer wieder kritisch reflektieren muss, um kreative Partner kreativer fördern und kleine Organisationen stärken zu können. Brot für die Welt strebt gleichberechtigte Partnerschaften an und bemüht sich darum, dass sich dies in der Arbeitsweise und den Instrumenten widerspiegelt (vgl. Brot für die Welt (2018): Unser Verständnis von partnerschaftlicher Zusammenarbeit).
- Die **personelle Förderung** durch die Vermittlung von Fachkräften an Partnerorganisationen, die im Themenfeld soziale Gerechtigkeit aktiv sind. Fachkräfte in allen Themenfeldern sollen in Zukunft verstärkt für das Thema Ungleichheit sensibilisiert werden.
- Die **beratende Förderung von Partnerorganisationen** im Hinblick auf Empowerment, soziale Mobilisierung, Lobby- und Advocacyarbeit sowie in Hinblick auf verteilungsrelevante Politiken in den wichtigen Arbeitsfeldern von Brot für die Welt.
- Die Vergabe von **Stipendien** zur Stärkung der Kapazitäten von Partnerorganisationen.
- Die **Förderung von entwicklungspolitischen Organisationen in Deutschland**, die Bewusstsein schaffen für die Zusammenhänge zwischen Armut und Reichtum und sich für die Überwindung der wachsenden Kluft einsetzen.

- Die **Öffentlichkeitsarbeit**, die dazu beiträgt, dass Entwicklung im Sinne der Förderung des Gemeinwohls verstanden wird. Sie zeigt Zusammenhänge zwischen Armut und Reichtum und die Notwendigkeit der Veränderung von Strukturen auf. Sie kommuniziert gleichberechtigt mit und über Menschen und stellt die Gleichheit aller Menschen in ihrer Würde und ihren Rechten in den Mittelpunkt.
- Die **Inlands- und Bildungsarbeit**, die soziale Ungleichheit und ihre Ursachen thematisieren. Sie sensibilisieren verschiedene Zielgruppen für den Zusammenhang zwischen Armut und Reichtum und fördern die Frage nach einer gerechten Transformation unserer Lebensweise und unseres Wirtschaftssystems.
- Die politische **Advocacy- und Facharbeit**, die nationale und globale Agenden zur Reduzierung von sozialer

Ungleichheit zu beeinflussen sucht. Sie stellt deutsche, europäische und internationale Politik in Hinblick auf ihre Verteilungswirkungen infrage. Sie fördert Partner und Netzwerke, damit diese in internationalen Foren ihre Stimme prominenter zu Gehör bringen können.

- Die Stärkung der **Kapazitäten von kirchlichen Akteuren**, ihre wichtige Rolle in der kirchlichen, gesellschaftlichen und politischen Debatte wahrzunehmen, mit dem Ziel des Abbaus von Armut, Ungleichheit und Ausgrenzung jeder Art. Dabei wird interreligiöse Zusammenarbeit angestrebt.

Im Rahmen der Strategischen Planung von Brot für die Welt werden die verschiedenen Handlungsfelder und Instrumente kohärent zusammengeführt, um als Werk insgesamt einen wirkungsvollen Beitrag zur Verminderung der sozialen Ungleichheit zu leisten.

5. Zusammenfassung und Ausblick

Gemeinsam mit seinen Partnern weltweit beobachtet Brot für die Welt das Ausmaß der sozialen Ungleichheit mit großer Sorge, denn Ungleichheit behindert die Überwindung von Armut, verletzt die Menschenrechte und die menschliche Würde. Ungleichheit gefährdet die Demokratie, das gesellschaftliche Zusammenleben und den Frieden.

Brot für die Welt setzt sich deshalb für eine vielfältige, solidarische Gesellschaft und Weltgemeinschaft mit gleichberechtigter Teilhabe aller ein. Es ist ein Gebot der Gerechtigkeit, bestehende Diskriminierung abzubauen und allen Gliedern der Gesellschaft gleiche Chancen und gleichwertige Lebensbedingungen zu ermöglichen (vgl. EKD 1973).

Die biblische Vision von Gerechtigkeit und Geschwisterlichkeit ist seit den Anfängen die grundlegende Orientierung von Brot für die Welt. Dabei standen die Reduzierung der Armut und das Empowerment der Ärmsten der Armen immer im Mittelpunkt. Jedoch lassen die Kollateralschäden der historischen und der gegenwärtigen Reichtumserzeugung, für die unsere gewählten Regierungen Verantwortungen tragen und von deren Früchten wir profitieren, viele Anstrengungen immer wieder zu Sisyphusarbeit verkommen.

Unter den beschriebenen Bedingungen der weiter wachsenden Ungleichheit muss Brot für die Welt weiterhin und zukünftig noch entschiedener beide Seiten ansprechen. Das erfordert die Weiterentwicklung des Profils als pluralistische, politisch arbeitende Entwicklungsorganisation, die Transformation von unten und die grundlegende Veränderung ungerechter Strukturen gleichermaßen im Blick hat und zusammenführt. Das bedeutet auch, das eigene Handeln und die Rolle von Brot für die Welt immer wieder zu hinterfragen und Kohärenz herzustellen.

Es gilt nicht nur, schwerwiegende Fehlentwicklungen nationaler und internationaler Politiken durch gemeinsame politische Arbeit abzuwenden. Vorschläge für eine sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft müssen konkret und greifbar gemacht werden, zur Umgestaltung der internationalen

Ordnung und der Politiken der Regierungen in Nord und Süd.

Das gilt in besonderer Weise im Kontext aktueller Entwicklungen, die uns besonders herausfordern und für die wir nach Antworten suchen müssen. Krisen, wie beispielsweise der Klimawandel, werfen neue Verteilungsfragen auf, deren Dimension bislang radikal unterschätzt wird. Nicht erst dann, wenn Lebensgrundlagen in ganzen Regionen vernichtet werden, gilt es die Frage der Lastenteilung unmissverständlich anzusprechen. Gerechte und solidarische Lösungen von Verteilungsfragen der Transformationskosten könnten dann erste konkrete Schritte auf dem Weg zu einer sozial-ökologischen Transformation sein.

Ein klarer Fokus der Arbeit von Brot für die Welt muss auf der Veränderung des Handelns der Menschen und der Regierungen der Industrieländer liegen. Das Streben von Menschen nach immer mehr, die beständige Konkurrenz um Akkumulation materieller und finanzieller Güter weit über die menschlichen Grundbedürfnisse hinaus, ist Zeichen menschlicher Unfreiheit. Es gilt, den Gedanken der Suffizienz als befreiendes und entlastendes Prinzip des zukunftsfähigen Lebens als positive Vision stark zu machen. Eine befreiende Veränderung des Bewusstseins ist wichtige Voraussetzung einer grundlegenden sozial-ökologischen Transformation. Dafür bedarf es der weiteren Stärkung der Bildungsarbeit und der politischen Kommunikation.

Neben einer klaren Positionierung als starke Stimme gegen nationalistischen Populismus und Egoismus, wird Brot für die Welt sich zukünftig auch dezidierter gegen markttotalitäre Strömungen und deren Einflussnahme gegen gemeinwohlorientierte Politik positionieren müssen. In vielfältigen internationalen Bündnissen sieht Brot für die Welt für sich Möglichkeiten, gesellschaftliche Debatten über ein alternatives Wohlstandsverständnis und ein politisches und wirtschaftliches System, das im Dienste des Lebens, des Gemeinwohls und der globalen Gerechtigkeit steht, mit zu gestalten.

6. Quellen und Literatur

- ACT Alliance (2015):** Study Document: Our understanding of development, Geneva. (https://actalliance.org/?post_type=documents&p=997).
- ACT Alliance (2017):** Diaconia in the time of inequality, Sigtuna, Sweden. (<https://actalliance.org/act-news/diakonia-in-the-time-of-inequality/>).
- ACT Alliance (2017):** Major voices from ACT Members on issues of inequality, e.g. Christian AID (https://www.christianaid.org.uk/sites/default/files/2017-08/scandal-inequality-2-multiple-faces-inequality-latin-america-caribbean-march-2017_2.pdf).
- Albig, Hanne et al. (2017):** How rising income inequality influenced economic growth in Germany, in: DIW ECONOMIC BULLETIN No. 10/2017 of March 16, 2017, pp. 113-121.
- Amnesty International Brazil (2017):** Brazil: Police killings, impunity and attacks on defenders, (<https://www.amnesty.org/download/Documents/AMR1954672016ENGLISH.pdf>).
- Atkinson, A.B. (2016):** Ungleichheit. Was wir dagegen tun können, Stuttgart.
- Bourguignon, F. (2015):** The Globalization of Inequality, Princeton.
- Brot für die Welt (2018):** Platin für den Weltmarkt, Blechhütten für die Arbeiter, in: BfdW: Edles Metall – Unwürdiger Abbau, Berlin 2018.
- Brot für die Welt (2018):** Theologische und ethische Grundlegung für Brot für die Welt, Berlin.
- CEPAL (2018):** Panorama Social de América Latina, Santiago.
- Brot für die Welt (2000):** Den Armen Gerechtigkeit, Stuttgart.
- Brot für die Welt (2016):** Policy. Die Arbeit von Brot für die Welt in und mit Schwellenländern. Berlin.
- Brot für die Welt (2017):** Policy. Geschlechtergerechtigkeit verwirklichen, Berlin.
- Brot für die Welt (2018):** Policy. Unser Verständnis von partnerschaftliche Zusammenarbeit bei Brot für die Welt und der Diakonie Katastrophenhilfe, Berlin.
- Dorling, Danny (2010):** Is more equal more green? London, University of Sheffield.
- Dorling, Danny (2014):** Inequality and the 1 %. London and New York.
- ECOSOC (2019):** Special Edition: Progress towards the Sustainable Development Goals. Report of the Secretary General. E/2019/68.
- Evangelische Kirche in Deutschland (1973):** Die Entwicklungsdienste der Kirche. Ein Beitrag für Friede und Gerechtigkeit in der Welt, Hannover.
- Evangelische Kirche in Deutschland et al. (1997):** Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit. Wort des Rates der EKD und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland, Hannover/Bonn, (<https://www.ekd.de/24153.htm>).
- Evangelische Kirche in Deutschland/DBK (2015):** Im Dienst an einer gerechten Gesellschaft. Gemeinsame Feststellung zur Ökumenischen Sozialinitiative des Vorsitzenden des Rates der EKD, Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm und des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx, Oktober 2015, (<https://www.ekd.de/gemeinsame-texte-EKD-DBK-23016.htm>).
- Evangelische Kirche in Deutschland (2015):** "...damit sie das Leben und volle Genüge haben sollen". Ein Beitrag zur Debatte über neue Leitbilder für eine zukunftsfähige Entwicklung. Eine Studie der Kammer der EKD für nachhaltige Entwicklung. August 2015, (https://www.ekd.de/ekdtext_122_leitbilder.htm).
- Evangelische Kirche in Deutschland (2018):** Geliehen ist der Stern auf dem wir Leben. Die Agenda 2030 als Herausforderung für die Kirchen. Berlin.
- Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung (2012):** Vision des EWDE. Berlin.
- Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung (2017):** Positionspapier „Soziale Sicherheit und Existenzsicherung National / Regional / International“. Berlin.
- Food and Agriculture Organization (2018):** The State of Food Security and Nutrition in the World, Rom.
- Gore, T. (2015):** Extreme Carbon Inequality. Why the Paris climate deal must put the poorest, lowest emitting and most vulnerable people first, Oxfam, (<http://of.am/Ze4e>).
- Inchauste, Gabriela/Lustig Nora (2017):** The distributional Impact of Taxes and Transfers. WBG, Washington.
- International Monetary Fund (2017):** Fiscal Monitor October 2017: Tackling Inequality, Washington.
- International Monetary Fund (2015):** Causes and Consequences of Income Inequality: A Global Perspective, Washington.

- International Social Science Council (2016):** World Social Science Report. Challenging Inequalities: Pathways to a Just World, Paris (Published jointly by UNESCO, IDS and ISSC).
- Islam, Nazrul (2015):** Inequality and Environmental Sustainability. DESA Working Paper No. 145, ST/ESA/2015/DWP/145.
- Merkel, Wolfgang (2015):** Demokratie und Krise, Wiesbaden.
- Milanovic, Branco (2015):** Ungleichheit. Auf dem Weg in die Plutokratie. In: Die Zeit Online 14.5.2016.
- Moreno, Kasia (2015):** The 67 People as Wealthy as the World's Poorest 3.5 Billion, 25.3.2014. (<http://www.forbes.com/sites/forbesinsights/2014/03/25/the-67-people-as-wealthy-as-the-worlds-poorest-3-5-billion> (15.1.2015)).
- Oxfam (2015):** Extreme Carbon Inequality. Why the Paris climate deal must put the poorest, lowest emitting and most vulnerable people first, London.
- Oxfam (2016):** An Economy for the 1%. How privilege and power in the economy drive extreme inequality and how this can be stopped. Oxfam Briefing Paper, London.
- Oxfam (2018):** Der Preis der Profite. Zeit die Ungleichheitskrise zu beenden, Berlin.
- Oxfam (2019):** Public Good or Private Wealth, London
- Pogge, Thomas (2011):** Weltarmut und Menschenrechte. Kosmopolitische Verantwortung und Reformen, Berlin.
- Pogge, Thomas (2015):** Weltarmut und Menschenrechte – Essay, Berlin (bpb.de).
- Quijano, Aníbal (2000):** Colonialidad del poder, eurocentrismo y América Latina. In: Edgardo Lander (Hrsg.): La colonialidad del saber: eurocentrismo y ciencias sociales. Perspectivas latinoamericanas. Buenos Aires, S. 201–246.
- Rawls, John (1979):** Theorie der Gerechtigkeit, Frankfurt a. M.
- Raworth, Kate (2019):** Die Donut-Ökonomie, München
- Roser, Max/Ortiz-Ospina, Esteban (2018):** "Income Inequality". Published online at OurWorldInData.org. Retrieved from: <https://ourworldindata.org/income-inequality>.
- Sachs, Wolfgang (2017):** Elend im Überfluss, in: Die Zeit 13.10.2005.
- Sen, Amartya (2003):** Ökonomie für den Menschen, München
- Seitz, Klaus (2016):** Wer von Armut spricht darf von Reichtum nicht schweigen. Soziale Ungleichheit und weltweite Armut, in: VENRO et al. (Hrsg.), Noch lange nicht nachhaltig. Deutschland und die UN-Nachhaltigkeitsagenda, Berlin, S. 21-25.
- Senghaas, Dieter (1974):** Peripherer Kapitalismus. Analysen über Abhängigkeit und Unterentwicklung, Frankfurt am Main.
- Statistisches Bundesamt (2016):** Nachhaltige Entwicklung, Berlin.
- Stiglitz, Joseph (2014):** Der Preis der Ungleichheit: Wie die Spaltung der Gesellschaft unsere Zukunft bedroht, München.
- The Guardian (2017):** Life expectancy gap between rich and poor US regions is 'more than 20 years'. (<https://www.theguardian.com/inequality/2017/may/08/life-expectancy-gap-rich-poor-us-regions-more-than-20-years> (Abruf 21.12.2018))
- The Lutheran World Federation (2016):** The Church in the Public Space: A Study Document of the LWF, Geneva.
- The Lutheran World Federation (2018):** Current Ecumenical Debates of LWF, WCC and ACT on Ecumenical Diaconia in a context of social inequality: (<https://www.lutheranworld.org/sites/default/files/2018/documents/ecumenical-diaconia-document-en.pdf>; <https://2017.lwfassembly.org/en/resolution-social-protection-times-inequality>)
- UNDP (2018):** Human Development Report. Statistical Update 2018, New York.
- United Nations Population Division (2018):** World Population Prospects, (<https://population.un.org/wpp/Download/Standard/Population/>, Abruf 21.12.2018)
- Wilkinson, Richard; Pickett, Kate (2009):** The Spirit Level: Why More Equal Societies Almost Always Do Better, London.
- World Bank (2016):** Taking on Inequality. Poverty and Shared Prosperity 2016, Washington
- World Bank (2018):** Piecing Together the Poverty Puzzle. Poverty and Shared Prosperity 2018, Washington.
- World Council of Churches (2012):** WCC Discourse and Program on an Economy for Life, Sao Paulo 2012: (https://www.oikoumene.org/en/resources/documents/wcc-programmes/public-witness-addressing-power-affirming-peace/poverty-wealth-and-ecology/finance-speculation-debt/sao-paulo-statement-international-financial-transformation-for-the-economy-of-life?set_language=en)
- World Communion of Reformed Churches (2019):** Wirtschaft: Gerechtigkeit und Finanzen (<http://wcrch.ch/de/gerechtigkeit/gerechtigkeit-wirtschaft-und-finanzen>)

World Inequality Lab (2017): Bericht zur Weltweiten
Ungleichheit 2018, WW 2017.